

Anwendung von Kernenergie – nukleare Prozeßwärme bei der Kohleveredlung – gewährleistet.

Beim Einsatz von Kernenergie sind von der Bundes- und Landesregierung bisher die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Dabei muß jeder zusätzliche Hinweis auf Gefahren, besonders wenn er auf neuen Erkenntnissen beruht, sorgfältig beachtet werden. Mehr Sicherheit kann dann auch höhere Kosten bedeuten, vielleicht auch für besondere Sicherungskräfte. Diese finanziellen Belastungen müssen uns die sichere Energieversorgung und die Sicherheit vor atomaren Gefährdungen – beides ist gleich lebensnotwendig – wert sein.

In NRW wird demnächst der Entwurf des Landesentwicklungsplans VI, der u. a. Standorte für Kernkraftwerke ausweist, vorgelegt. Dieser Landesentwicklungsplan wird für Landesregierung und Landtag Anlaß sein, intensiv über die Kriterien zu diskutieren, deren Beachtung den Betrieb von Kernkraftwerken möglich macht.

F.D.P.: Genaue Prüfung der Risiken

Der Abgeordnete Klaus Lantermann erklärt:

Die Sicherung der Energieversorgung in der Zukunft muß durch die bessere Ausnutzung und den Ausbau vorhandener und die Erschließung neuer – und zwar aller denkbaren Energiequellen – erfolgen. Besonderer Vorzug ist den heimischen Energieträgern, insbesondere auch der Kohle, zu geben. Energieeinsparungsmöglichkeiten sind zu nutzen.

Bei der Erschließung neuer Energiequellen ist eine sehr genaue Prüfung der Risiken notwendig, die sich aus der Nutzung der jeweiligen neuen Energieart ergeben. Dies gilt auch für die friedliche Nutzung der Kernenergie, die einen Beitrag zur Minderung der vor allem durch die Abhängigkeit von den Ölimporten bedingten Versorgungsprobleme leistet. Eine eingehende Prüfung der bei der Verwertung dieser Energie zu erwartenden Belastungen der Umwelt oder auch Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung ist dringend geboten.

Sicherheit und Sicherung haben Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen.

Die Bevölkerung kann zu Recht erwarten, daß alle Risiken der Unterhaltung von Kernkraftwerken sowie des Transports und der Lagerung von Atom-müll eingegrenzt und auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Gerade auch im Hinblick auf die auch in der Wissenschaft noch umstrittenen Fragen sind Genehmigungen zum Bau von Kernkraftwerken und kerntechnischen Anlagen sehr sorgfältig unter Einbeziehung aller möglichen Erkenntnisse der Sicherheit und Sicherung zu prüfen.

Die F.D.P.-Fraktion, die aufgrund einer Kleinen Anfrage zu diesem Problemkreis eine Stellungnahme der Landesregierung erwartet, begrüßt die zunehmend nüchterner und sachlicher gewordene Diskussion um die Probleme der friedlichen Nutzung der Kernenergie und wird weiter versuchen, zur Klärung umstrittener Fragen beizutragen.

Porträt der Woche

Mindestens einmal in der Woche, auch im Winter, greift er zum Schläger. „Rechts bin ich besonders gut“, stellt Kurt Schmelter nicht ohne Stolz fest, doch er schränkt ein, damit niemand falsche Schlüsse daraus ziehe: „Nur im Tennis.“ Fragt man ihn nach seinem politischen Standort, nennt er Namen, die keinen Zweifel an der Richtung lassen. Schließlich komme er aus Köln, Hans Katzer sei ein Duzfreund, und „Johannes Albers war mein großer Lehrmeister in der Politik“. Seit 1946 gehört er den Sozialausschüssen der CDU an.

Als er nach der Wahl vom 4. Mai vergangenen Jahres den Landtag betrat, fand der Kölner Abgeordnete Kurt Schmelter dort manchen alten Bekannten vor. Ein Neuling und doch ein alter Hase. Schon von 1958 an hatte er zwei Legislaturperioden lang hier seinen Platz in der CDU-Fraktion. 1966 unterlag er mit 1100 Stimmen in seinem Kölner Wahlkreis, vier Jahre später fehlten ihm nur 360 Stimmen. Doch diesmal hat der Pechvogel es wieder geschafft, und für die Kölner war das eine kleine Sensation, denn erstmals nach neun Jahren gelang es einem CDU-Kandidaten, der SPD in der Domstadt ein Direktmandat abspenstig zu machen.

Schmelter kann noch mit einer weiteren Erstmaligkeit aufwarten: Er ist der bisher einzige NRW-Landtagsabgeordnete, dem nach einer Zwangspause von zwei Legislaturperioden das Comeback gelang. Wie fühlt man sich als Neuling mit den Erfahrungen früherer Jahre? Kurt Schmelter erinnert sich, daß Politik damals nicht nur in den Ausschüssen und im Plenum gemacht wurde, sondern nicht zuletzt im Erfrischungsräum, „wo Kontakte auch mit dem politischen Gegner gepflegt werden konnten“.

Und heute? „Die Atmosphäre hat sich verändert.“ Die Gräben menschlicher und sachlicher Art zwischen den Fraktionen seien tiefer geworden. Kurt Schmelter, nicht ohne Melancholie: „Wir befinden uns in einem permanenten Wahlkampf.“ Er ist der Typ, dem die Scharfmacher nicht liegen, ein Mann des Ausgleichs, und mit Genugtuung erinnert er sich, daß auf einem privaten Empfang aus Anlaß seines 50. Geburtstages im Sep-



Kurt Schmelter (CDU)

tember vergangenen Jahres die SPD genauso stark vertreten war wie die eigene Partei.

In seiner ersten Volksvertreterphase entschied sich Schmelter für die Ressorts Sport und Verkehr. Dem Sport ist der passionierte Tennisspieler – als Obmann der Fraktion für diesen Bereich – auch diesmal treu geblieben, doch vom Verkehrsausschuß wechselte er in den Bereich Haushalt und Finanzen. Daß er darüber hinaus ein engagierter Kommunalpolitiker ist, kann nicht wundern, denn immerhin hat Kurt Schmelter unmittelbar vor Ort Erfahrungen sammeln können: Als Inspektor in den Diensten seiner Heimatstadt Köln, wo er zuletzt in der Tiefbauverwaltung tätig war.

Von dort arbeitete er sich politisch nach oben. 1957 wurde er Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Köln, des mit Abstand größten seiner Partei in der Bundesrepublik. Auch in diesem Amt wird er selbstverständlich mit kommunalpolitischen Problemen konfrontiert. Als einziger hat Schmelter im Vorstand seiner Kreispartei gegen die Eingemeindung von Porz und Wesseling nach Köln gestimmt, und für einen Domstädter brauchte es dazu schon einer gehörigen Portion Zivilcourage.

Der Kommunalpolitiker Schmelter sieht Probleme vor allem in der Gemeindeordnung, die für eine Millionenstadt ebenso gültig ist wie für Zwerggemeinden. Eine Novellierung sei dringend geboten. Auch die Bezirksverfassung hält nach seiner Meinung nicht das, was man sich von ihr versprochen hatte. Schmelter: „Da ist viel Sand im Getriebe.“

Norbert Iserlohe